

Auf dem Wege vom Verfassungs- zum Überwachungsstaat

Ulrich Jochimsen, Institut ENERGIE DEZENTRAL

Die überwiegenden innenpolitischen Kräfte, insbesondere das Bundesverfassungsgericht, haben die Bundesrepublik von Anfang an als Reorganisation des 1866/71 gegründeten deutschen Staates in rechtlicher Kontinuität, sprich: Identität, betrachtet. ¹⁾

Das entspricht zwar dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung, hat aber mit Demokratie nichts zu tun.

Politischer Vorreiter des II. Deutschen Reiches war damals die Post. Äußerlich sichtbar an den schönen neuen Postgebäuden, die heute nostalgisch wirken; das neue Kaiserreich nach innen integrierend der einheitliche Posttarif. Mit leiser Gewalt wurden dezentrale, regionale Eigenheiten zügig beseitigt. Zum Beispiel, wie die preussischen Truppen Frankfurt am Main eroberten: Der Vorschlag des mitziehenden späteren Generalpostmeisters Heinrich v. Stephan - die Postlieferungen zu blockieren - wurde in die Tat umgesetzt. Nach drei Tagen war die Kaufmannstadt gefügig.

Heute ist Frankfurt am Main die heimliche Hauptstadt der Deutschen Bundespost: Neuer Sitz des noch von Stephan gegründeten Postmuseums, Überseekopfamt, wichtigste Fernmeldedrehscheibe für den Inlandverkehr, Zentrum des Briefflugnetzes. Da trifft es sich gut, daß das Bundeskriminalamt und das Statistische Bundesamt gleich nebenan in Wiesbaden beheimatet sind. (x)

Die preussisch/kaiserliche Post Bismarcks und Stephans hat bis heute alle Wirren der letzten hundert Jahre strukturell völlig unversehrt überstanden. Diesem letzten Teil des deutschen Obrigkeitsstaates, wo oben der Minister befiehlt und unten alles ^{bedenken} -los ausgeführt wird, wäre es um ein Haar Anfang der siebziger Jahre gelungen, sich eine eigene Verfassung zu geben, sich vom Grundgesetz noch unabhängiger zu machen.

Der Reorganisation des 1866/71 gegründeten Staates in rechtlicher Kontinuität und Identität und seiner ungeahnten Erweiterung und Vertiefung kommen drei Tatsachen, die Hand in Hand arbeiten, zur Hilfe:

- Die perfekte Ignoranz der Juristen in Bezug auf technologische Entwicklungen,
- die ungeheuren Möglichkeiten der Mikroelektronik zu weit- und tiefreichenden Veränderungen von Individuum und Gesellschaft, und

- dem mit allen staatlichen, geheimdienstlichen und finanziellen Mitteln ausgestatteten Fernmeldemonopol der Deutschen Bundespost (DBP).

Kann die Technik noch wertfrei sein, so ist es ihre Anwendung
- die Technologie - nicht mehr. Deshalb:
Technologie ist die politische Dimension der Technik.

Durch die Reorganisation des 1866/71 gegründeten deutschen Staates als allgemeines Rechts- sprich Herrschaftsprinzip wird die DBP nicht in ihre Kernbereiche - die Bereithaltung der Informationsübertragungswege - zurückgedrängt, sondern dringt in immer weitere Bereiche ein. Via Fernmeldemonopol finden wir plötzlich - durch den technologischen Wandel - das kaiserliche Ordnungsprinzip in Lebenssituationen wieder, in denen wir nicht damit rechneten, weil wir uns auf das Grundgesetz für die Republik eingestellt haben.

So hat die DBP - von der Öffentlichkeit unbemerkt - sich zur universellen deutschen Computer-Polizei gemausert. Hatte sie vor Jahren noch - des 'lieben Friedens willen' - durch eine eigene Verfügung ihr das sich selbst gegebene Mandat und die Öffentlichkeit schlafen lassen, muß ab 1.1.1985 jeder Heimcomputer typen-geprüft und der Betreiber mit seinem Betriebsstandort - wie jedes Funkgerät - zugelassen sein. Noch tut sie dies gebührenfrei, um nicht Erregung aufkommen zu lassen; doch ist der Zeitpunkt nicht mehr fern, wo die DBP behauptet, sie würde durch ihre Standard- und Normen-Setzung die Computerentwicklung vorantreiben und müßte deshalb dafür auch Genehmigungsgebühren kassieren.

Mit solchen Argumenten hat die DBP sich im letzten Jahrzehnt:

- des Satelliten-Rundfunk- und Fernsehempfangs bemächtigt,
- der Gemeinschaftsantennenanlagen bemächtigt, um daraus das Kabelfernsehen als neuen Machtbereich zu entwickeln und die von den Westmächten eingeführte Rundfunkfreiheit auszuhöhlen,
- der Datenverarbeitungsanlagen bemächtigt, sobald sie mit einer Fernmeldeleitung verbunden sind.

Heute - zehn Jahre später braucht die DBP nicht mehr zu argumentieren, obgleich der damaligen vorgeschobenen technischen Argumentation aufgrund der rasanten Entwicklung vollkommen der Boden entzogen wurde. Auf diese Weise geraten immer mehr Tätigkeiten, Märkte und individuelle Freiheiten in den Macht- und Gestaltungsbereich der Post-Diktatur.

Monopol bedeutet Einfalt. Und die Anwendung des Monopols vernichtet die Möglichkeiten der Vielfalt schon vor ihrer Entstehung. Hundert Jahre nach Bismarck und Stephan etabliert dies stetig mehr totalitäre Herrschaftssysteme, von denen die kaiserlichen Zentralisten in der Jugendzeit der Elektrotechnik nicht einmal zu träumen wagten. Für die Mitglieder der Amtskirchen kein Wunder, sondern eine von Gott geschaffene neue Obrigkeit.²⁾

Doch nicht erst Bischof Otto Dibelius stellte vor 25 Jahren zum tobenden Ärger der deutschen Öffentlichkeit in Ost und West fest, daß Römer 13, Vers 1 bis 7 offensichtlich ein "Einschub sei", also nichts christliches und aller Rücksicht nach erst viele Generationen nach Jesus Christus geschrieben...

Es passiert nichts revalutionäres in der Bundesrepublik, weil sie durch Dekret der Westmächte entstanden ist und nicht durch eigenen Willen der ^{Bevölkerung}. Die sogenannten Linken haben es bis heute schwer, gegen die Post zu opponieren. Denn vor Gründung der UDSSR hat W.I. Lenin auf die Frage 'wie soll die Wirtschaft und der Staat im Kommunismus funktionieren?' geantwortet "wie die Deutsche Post". So geschieht es auch bis heute, währenddessen die DBP zum größten staatlichen Handelshaus (HO-Laden) West-Europas wuchs. Es ist nicht erstaunlich, daß der Eid der Postbeamten und -beamtinnen aufs Grundgesetz ohne demokratisierende Wirkung auf die Postpolitik bleibt, wenn das Bundesverfassungsgericht das autoritäre staatliche Leben von morgen - einschließlich Amtshilfe - höchststrichterlich mittels modernster Technik bis in die tiefsten Tiefen der Wohnung und Weiten des Individuums via Medienstruktur der Deutschen Bundespost vordringen läßt.

Die hemmungslosen Übergriffe in die Lebensbereiche der Individuen durch vorsätzliche Schaffung von technischen Sachzwängen müssen aufgedeckt werden. Das ist eine Herausforderung an unsere Demokratie. Die Grundwerte der Gesellschaft können weder staatlich verordnet, noch im Selbstbedienungsladen nur abgeholt werden. Wir leben in einer äußerst gefährlichen Zeit, in der lebensbedrohende Systeme allerorten entstehen. Mittels der neuen Technik sind Voraussagen künftiger Gedanken auf Bewußtseinssebenen möglich, die dem einzelnen selbst nicht zugänglich sind; Bewußtsein, das ihm in Zukunft noch leichter vorenthalten werden kann.

Um den dreisten gelben Riesen DBP aus unserem Haus zu schmeissen, um ihm und seinen mächtigen Anhängern die bis ins einzelne gehende Analyse der Seele der Bürger/innen zu erschweren, habe ich durch Schaffung der Konzeption BLACKBOX und einem Verfassungsverstreit - vor 11 Jahren - gegen die DBP der planmäßigen Zerstörung der Individuen Einhalt zu bieten versucht.³⁾ Das weltweite Fernmeldewesen ist die mit Abstand größte Maschine auf der Welt; mit den größten Wachstumsraten. Da jede Maschine potentiell Gewalt gegen Leben ist und nicht das Produkt einer neutralen Entwicklung, beinhalten die neuen elektronischen Computer- und Telekommunikationsmedien auch systematische Strategien der Gewalt, Zerstörung, Herrschaft und Enteignung des inneren Lebens.⁴⁾

Um von vornherein die zukünftige Entwicklung nicht auf der Grundlage des 1866/71 gegründeten Staates, sondern auf dem Boden des Grundgesetzes von 1949 sich entfalten zu lassen, sollte die Reichweite des Fernmeldemonopols nicht größer sein als die des Postmonopols: Die Grenze zwischen öffentlicher Straße und eigener Wohnung ist die Haustür.

Deshalb ist BLACKBOX ein elektronischer Hauptsicherungskasten für die Fernmeldenetze, damit jeder Fernmeldeteilnehmer alle Geräte, Systeme und Programme selbst entwickeln, bauen, anschließen, abschalten und benutzen kann: ohne Genehmigung, Gebühr, bürokratische Bevormundung, ohne irgendwelche staatlichen Schnüffeleien. BLACKBOX macht, daß die DBP keine technischen Sorgen mit uns hat, ihm kein finanzielles Leid geschieht und sie keinen Vorwand mehr hat, sich in unsere Angelegenheiten zu mischen. Ihr langsames Dinosauriergehirn muß sie nicht mehr auf unsere Probleme verwenden. Der Deutschen Bundespost können ja weiterhin die Fernmeldewege gehören, wie der Straßenverwaltung die Autobahnen, Bundesstraßen und Brücken. Aber was gehen dieser ausufernden Superverwaltung unsere Aschenbecher in den Autos und die Benutzung der Möbel in unseren Wohnungen an? Trotzdem die Bundesrepublik der größte und freieste Kindergarten für Erwachsene ist, darf es keinen Grund geben für die Post und ihre Auftraggeber sowie Lieferanten, die in dem Grundgesetz garantierte Unverletzlichkeit der Wohnung zu durchlöchern. Durch das Postmonopol hat das Post-Technische-Zentralamt (PTZ in Darmstadt) nichts zu befinden über Schreibmaschinen, Kugelschreiber, Bleistifte, Papier oder Kopiermaschinen.

Warum sollte durch das Fernmeldemonopol die DBP mit ihrem Fernmeldetechnischen Zentralamt (FTZ in Darmstadt) diese Befugnisse bei der elektronischen Übermittlung weiterhin haben? Aus der Gegenwart und Vergangenheit wissen wir doch, daß die DBP und ihre Hoflieferanten nicht die technischen und organisatorischen Fähigkeiten haben, um im Wettbewerb auf dem Weltmarkt zu bestehen und dort, wo deren teure, veraltete Einheitstechnik ist, lähmende Frustration und quälende Langeweile herrschen anstatt Kreativität, Vielfalt und wirklich freier Wettbewerb.

Das Individuum muß die Möglichkeiten haben, völlig verschiedenartige Kommunikationsbeziehungen in sich zu integrieren, zu verarbeiten und weiterzugeben. Gerade diese Qualität macht die menschliche Persönlichkeit aus. Indes: Die Qualität neu entstandener Medien zusammen mit der ungeheuren Quantität und der Tatsache der Unsichtbarkeit und Geräuschlosigkeit schafft einen immer stärker werdenden Druck, der imstande ist, den einzelnen und damit unser Gemeinwesen zu zerstören. Dieser Machtverschiebung in unserer Gesellschaft entgegenzuwirken, war bisher nicht möglich.

In der 50seitigen Ablehnung des Bundesverfassungsgerichts geht, heute für die computerversierte Jugend erkennbar, ein tiefer Riss durch die Begründung, ein Riss wie in der amerikanischen Freiheitsglocke. Selbst dort, wo die DBP von den Verfassungsrichtern ermahnt wurde, hat sie sich in den Jahren danach nicht daran gehalten. Manche Träumer hatten geglaubt, das würde durch die "Moralisch-geistige Wende" ganz anders. Heute sind sie tief enttäuscht, hoffnungslos und ohne Perspektive.

Das kann uns nicht passieren.

Denn wir wissen, wozu die kaiserliche Reichspost gegründet wurde: Z.B. um auf legale Weise an die geheimsten Nachrichten der Bürger/innen zu kommen, um stets größere Geldmengen abzuschöpfen und als bequemes Absatzgebiet für autoritätstreue Hoflieferanten, die wie Siemens bis heute offiziell "Systemträger" des Deutschen Fernmeldewesens sind - mit Sitz im Postverwaltungsrat, dem parlamentarischen Feigenblatt ohne wirkliche Kompetenz.

Dafür haben die GRÜNEN in diesem Gremium sowenig zu suchen wie der Nordrhein-Westfälische Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr. Dieser Minister ist stellvertretendes Postverwaltungsratsmitglied; der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik hat den Hauptsitz. Doch nachdem der Hessische Wirtschaftsminister

Karry erschossen war, durfte der NRW-Wirtschaftsminister - sein Stellvertreter - nicht zur Postverwaltungsratssitzung. Das hätte Karry genehmigen müssen. Der aber war ja, wie schon erwähnt, tot. So streng wachen die Postbeamten über den sie überwachenden Postverwaltungsrat, wenn der NRW-Minister Jochimsen heißt.

Das alles ist nicht ungewöhnlich; es ist gerichtlich unstrittig, daß das betreffende Postverwaltungsgesetz im Jahre 1953 auf nicht verfassungsgemäße Weise zustande gekommen ist (die Bundesratsmitglieder hatten bei der Gesetzesverabschiedung den Text nicht gekannt), aber da die Rechtsgemeinschaft Bundesrepublik bis heute sich daran gewöhnt hat, sahen die Richter keinen Grund, wegen dem Grundgesetz der Sache auf den Grund zu gehen.

Information ist Macht, nichts anderes als "vielleicht der bedeutendste Rohstoff unserer Zeit". So schrieb im Jahre 1971 der damalige Bundesinnenminister Genscher an die Interministerielle Arbeitsgruppe für ein Informationsbankensystem "zum Geleit". 5)

Der Bundesminister des Inneren muß es wissen, denn er ist gleichzeitig Verfassungsminister. Seine vornehmste Aufgabe sollte es sein, wann immer für die Umsetzung der verfassungspolitischen Ziele des Grundgesetzes zu sorgen. Doch während unser Grundgesetz aus dem Jahre 1949 alles erlaubt, was nicht ausdrücklich verboten ist, herrscht im Bereich seines Kabinetts-Kollegen bei der DBP immer noch das kaiserlich-kirchliche Ordnungsprinzip des I. Römischen Reiches Deutscher Nation: "Alles ist verboten, was nicht ausdrücklich erlaubt wurde."

Heute mittels wissenschaftlich verkomplizierter technisch-wirtschaftlich-rechtlicher Argumente verschleiert im Post-Chinesisch, wie damals die Priester im Bibel-Latein, ist es nichts anderes als die Ausführung der Strategie zur Invasion/Mission der Seelen, um sie einer zentralen Herrschaft, sprich: der Diktatur, gefügig zu machen.

"Gott mit uns" stand auf den Koppelschlössern der deutschen Soldaten.

Wir brauchen dringend die Ablösung des "Fernmelde-Anlagen-Gesetzes" von 1928 - ein^{em} Machinengesetz - durch das "Telekommunikations-Gesetz" - ein^{em} Gesetz für menschliche Kommunikations- und Schutzrechte, - das auf das Grundgesetz von 1949 aufbaut.

Wir haben nicht viel Zeit zu verlieren. Denn während der Wald stirbt - vom sauren Regen - , alte Kulturdenkmäler zerfressen^{werden}, wird auch die innere Umwelt zerstört, unser kulturelles Erbe landauf landab verätzt. Ob aus den Schornsteinen im Starkstrom- oder aus den Steckdosen im Schwachstrombereich, dieselbe Politik steht dahinter. Perfektionierende Angriffe auf die kleinsten Einheiten unserer materiellen und geistigen Welt: Atom und Individuum. Atom im Griechischen und Individuum im Lateinischen bedeuten dasselbe: das Unteilbare.

"Es ist ein Irrtum zu glauben, verschleppte Probleme erledigen sich von selbst. Sie erledigen uns."

"Die Tatsachenwahrheit ist von Natur politisch. Zwar ist Wahrheit ohnmächtig und wird in unmittelbarem Zusammenprall mit den bestehenden Mächten und Interessen immer den Kürzeren ziehen, aber sie hat eine Kraft eigener Art: es gibt nichts, was sie ersetzen könnte. Überredungskünste oder auch Gewalt können Wahrheit vernichten, aber sie können nichts an ihre Stelle setzen." Hannah Arendt 6)

Da die DBP in einem abenteuerlichen Verhältnis zum Grundgesetz sich munter weiterentwickelt und als Staat im Staate nahezu unantastbar ist, müssen wir uns durch Basisarbeit - in den Kommunen - diesen lebenswichtigen Fragen nähern, um nicht zu lange auf brauchbare Antworten warten zu müssen.

Literatur

- 1) "Wie funktioniert das? Staat", Meyers Lexikonverlag 1974.
- 2) Die Bibel, Römer 13, Vers 1 bis 7, und "Obrigkeit, Otto Dibelius"
Kreuz-Verlag Stuttgart 63
- 3) Bundesverfassungsgericht 1977.
- 4) "Die Alternative Leben als Sabotage", Detlef Hartmann
iva-Verlag Tübingen 1981.
- 5) Das Infomationsbankensystem, Carl Heymanns Verlag ~~1971~~ 1971.
- 6) "Lüge und Wahrheit in der Politik" , Hannah Arendt

Bildvorschläge

- (x) Titelblatt: "Das Informationsbankensystem"
Unterschrift: Frankfurt, die heimliche Hauptstadt der DBP